

Pressemitteilung von vlbs und VLW zum Schuljahresstart 2026/2027

Drohender Personalengpass an BBS gefährdet Fachkräfteausbildung – Verbände fordern 100 zusätzliche Stellen

Die beiden Berufsschullehrerverbände vlbs und VLW fordern die Landesregierung und das Bildungsministerium auf, für das Schuljahr 2026/2027 mindestens 100 zusätzliche Lehrkräftestellen für berufsbildende Schulen bereitzustellen. Nur so kann dem sich abzeichnenden massiven Personalengpass frühzeitig begegnet werden. Nach Berechnungen des Bildungsministeriums wird die Nachfrage nach Lehrkräften an berufsbildenden Schulen ab 2027 das Angebot um rund 800 Stellen übersteigen. Gründe sind vor allem wieder steigende Schüler- und Pensionierungszahlen. Dies entspricht etwa 15 Prozent des derzeitigen Lehrkräftebestands an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz.

„Wenn jetzt im Landeshaushalt keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden, wird der Unterrichtsausfall in den kommenden Jahren massiv ansteigen“, warnt Harry Wunschel, Vorsitzender des Verbandes der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen (vlbs). „Derzeit stehen nur rund 50 Stellen für die voraussichtlich etwa 150 Absolventinnen und Absolventen zur Verfügung. Das Land muss diese fertig ausgebildeten Lehrkräfte jetzt einstellen, statt sie kurz vor dem absehbaren Personalmangel abwandern zu lassen“, ergänzt eine der beiden kommissarischen Vorsitzenden des Verbandes der Lehrkräfte an Wirtschaftsschulen (VLW) Stefanie Tischer.

Das Bildungsministerium hat angesichts der geringen Zahl von Referendarinnen und Referendaren bereits Werbemaßnahmen für das BBS-Lehramt gestartet. Diese können den kurzfristigen Personalbedarf jedoch nicht decken: Vom Studienbeginn bis zum vollständig ausgebildeten Einsatz an einer Schule vergehen etwa sieben bis acht Jahre. Deshalb muss das Land die aktuell verfügbaren Lehrkräfte sichern. Andernfalls droht eine noch stärkere Abhängigkeit von Seiteneinsteigern und Ein-Fach-Lehrkräften. Erhalten fertig ausgebildete Referendarinnen und Referendare trotz absehbaren Lehrkräftemangels keine Übernahmeangebote, sendet dies zugleich ein fatales Signal an potenzielle Studieninteressierte.

vlbs und der VLW fordern daher, im neuen Doppelhaushalt mindestens 100 zusätzliche Stellen für berufsbildende Schulen bereitzustellen. Damit könnten nahezu alle fertig ausgebildeten Referendarinnen und Referendare zum Schuljahr 2026/2027 in den Schuldienst übernommen werden. Ohne entsprechende Angebote werden sich

viele von ihnen außerhalb des rheinland-pfälzischen Schuldienstes orientieren und den berufsbildenden Schulen fehlen.

Kritisch bewerten die Berufsschullehrerverbände zudem die kurzfristige Vorgabe, bestehende Überstundenkontingente der BBS-Lehrkräfte abzubauen, um daraus vorübergehend zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten zu finanzieren. Ein überstürzter Abbau würde unmittelbar zu weiterem Unterrichtsausfall führen. Notwendig ist stattdessen ein langfristiges Konzept, das den Überstundenabbau mit einer verlässlichen Personalplanung verbindet. „Überstundenabbau darf nicht durch zusätzlichen Unterrichtsausfall erkaufte werden, und das an Schulen, die bereits jetzt einen erheblichen Lehrkräftemangel haben“, betonen die beiden Vorsitzenden.



Stefanie Tischer und Andreas Seehaus
kommissarische Landesvorsitzende VLW



Harry Wunschel, Landesvorsitzender vlbs